

4 b. Das Tauziehen um die Ukraine und der Bruch mit Russland

Das europäische Bürgertum ist tief gespalten. Die kapitalverwaltende Sektion warnt, seinen Geschäftsinteressen folgend, vor antirussischen Sanktionen. Eines ihrer Organe, das «Handelsblatt», warf dem Westen am 13. März 2013 «Pitbull-Politics» gegenüber Russland vor: «Ohne nachzudenken, geht man auf den anderen los, mit der animalischen Härte der Instinkte (...) mit gefletschten Zähnen, aber ohne Hirn.»

Dagegen ist das Bürgertum, das in Politik und Medien den Ton angibt, von einem antirussischen Fanatismus berauscht, der alten Haudegen aus der Epoche des Kalten Krieges Angst macht. Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, sieht in dem Partnerschaftsvertrag der EU mit der Ukraine, dessen politischer Teil im März 2014 vereinbart wurde, «einen deutlichen Schritt der Eskalation». Und Peter Scholl-Latour stellte bei Maischberger fest: «Wenn man die deutschen Medien und deutschen Politiker hört, meint man, das großdeutsche Reich hätte den Krieg gewonnen.» Recht hat er. Deutsche Politiker, Zeitungsleute und TV-Moderatoren behandeln die Ukraine und besonders die Krim wie deutsches Territorium, das Putin mit seinen Russen in Uniformen ohne Abzeichen ihnen gestohlen hat.

An Straßenkreuzungen auf der Krim, die alten Wehrmachtssoldaten bekannt vorkamen, standen deutsche Kriegsberichterstatter und meldeten stündlich, wo der Russe stand. Neben ihnen drei nickende Krim-Tartaren, die für die Echtheit bürgten. Mit Bedauern erwähnten sie die Umsiedlung der Tartaren durch Stalin und verschwiegen, dass Krim-Tartaren an der Seite der NS-Wehrmacht gegen die Sowjetunion marschiert waren. In Kiew nahmen Kamerateams Europapolitiker auf dem Maidan so auf, dass von den neben ihnen platzierten Faschistenführern nur die Füße eingefangen wurden. «Echte Faschisten» nach Auffassung des ehemaligen EU-Erweiterungskommissars Günther Verheugen, «die von der EU mit Geld unterstützt wurden» und mit denen «unser» Außenminister einen Vertrag abschloss über Neuwahlen, den sie aber verwarfen, weil sie den Putsch vorzogen. Wem die Krim zu mickrig vorkam, erfand Länder, in die der Russe demnächst einmarschieren werde. Estland, Lettland, Litauen, Polen. Immer wenn Deutschland im Osten expandiert, will der Russe angeblich zum Atlantik.

Henry Kissinger machte darauf aufmerksam, dass jemand, der die Ukraine wie eigenes Territorium behandelt, keine Außenpolitik betreiben kann: «Für die EU ist es an der Zeit zu erkennen, dass (...) die

Unterordnung aller strategischen Elemente unter innenpolitische Erwägungen dazu geführt hat, dass aus Verhandlungen über die Beziehungen der Ukraine gegenüber der EU eine kapitale Krise geworden ist. (...) Der Westen (der Ukraine) ist weitgehend katholisch, der Osten russisch-orthodox. Der Westen spricht Ukrainisch, der Osten größtenteils Russisch. Jeder Versuch eines Flügels, den anderen zu dominieren, (...) würde zu Bürgerkrieg und Spaltung führen. Missbraucht man die Ukraine für eine Ost-West-Konfrontation, dann wäre für Jahrzehnte jede Chance vertan, Russland und den Westen (...) in ein kooperatives internationales System zusammenzubringen.» So wird es kommen.

Der Westen steht vor einer großen geopolitischen Herausforderung, die seine politischen Fraktionen unbedingt haben wollten. Einer von ihnen, der harmlos erscheinende Frank-Walter Steinmeier, teilte den Europäern mit, dass Deutschland beim Kampf um den Osten den Ruin der EU nicht scheuen werde: «Würde der territoriale Hunger Russlands über die Krim hinausgehen, dann wären das ernste Folgen bis hin zu eskalierenden wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, bei denen beide Seiten großen Schaden nehmen würden.» Das Opfer wird schwer zu vermitteln sein. Nach allen Umfragen sind die deutsche Wirtschaft, die deutsche Bevölkerung und die Menschen in Südeuropa nicht bereit, Wirtschaft und Lebensstandard zu Bruch gehen zu lassen, damit Milliarden in den Korruptionskanälen der Ukraine verschwinden. Schon gar nicht wegen der Krim. Wenn der Ukrainer Nikita Chruschtschow sie nicht vor sechzig Jahren der Ukraine geschenkt hätte, wäre sie heute russisch; viele Europäer hätten bis gestern Stein und Bein geschworen, dass die Krim russisches Territorium ist. Der Ausgewogenheit wegen sei gesagt, dass die USA die Krim ebenfalls wie ihr eigenes Territorium behandelt. Als die Krim-Russen sich für den Anschluss an Russland ausgesprochen hatten und ihr Votum mit Tanz und Feuerwerk feierten, brachten Fernsehsender der USA fortlaufend die Meldung: «Die Krim ist verloren!» Wie kann jemand etwas verlieren, dass ihm nicht gehört?

Auf der einen Seite der ideologischen Bruchlinie sammelte sich die wirtschaftliche und strategische Vernunft des Imperialismus, auf der anderen die politische Triebtat, die im enthemmten Invasionsgehebe schwelgte. Als gehe es um die späte Realisierung von Hitlers «Ostbund», dem einst die Ukraine, das Baltikum, der Balkan, das Wolgaland und Georgien angehören sollten. «Östliche Partnerschaften», heißt das heute. Das Baltikum und der Balkan gehören inzwischen zur EU und damit zum deutschen Hoheitsgebiet, Georgien und Moldawien sollen folgen (die Reise der Außenminister Deutschlands und Frankreichs in beide Länder wurde wegen der Krim verschoben), die Annexion des

Wolgalandes bedarf allerdings der vorherigen Zerschlagung Russlands. Die Standardfrage des TV-Moderators, ob der Politiker denn meine, dass Putin sich von Sanktionen beeindrucken lasse, appellierte unverhohlen an den Militäreinsatz.

In der FAZ vom 3. März 2014 bedauerte Berthold Kohler: «Es werden nicht noch einmal britische und französische Truppen auf der Krim landen, um wie im 19. Jahrhundert die Vergrößerung des russischen Reiches zu verhindern.» Wohl auch nicht noch einmal die deutsche Wehrmacht im 20. Jahrhundert, die er geflissentlich überging. Eine Woche später, am 10. März, resignierte Kohler: «Ein Krieg auf der Krim hätte die Frage, ob der Westen eine militärische Aggression Russlands auch militärisch beantworten würde, viel schärfer aufgeworfen als die erfolgte stille Okkupation. Der Westen ist überaus froh, darauf bisher keine Antwort geben zu müssen. Sie wäre nur allzu klar.» Die klare Antwort wäre Krieg, wollte er andeuten, vielleicht ein Weltkrieg, um den dieser gerissene Putin ihn betrogen hatte. Über den Ursprung dieser Kriegssehnsucht lassen sich nur Vermutungen anstellen. Vielleicht ist in seinem Leben sonst nichts los, vielleicht kann er seinen Russenhass nicht im Zaum halten, vermutlich handelt es sich um den Vergeltungstrieb nach zwei verlorenen Kriegen.

Krieg oder doch kein Krieg, die eigene Wirtschaft in die nächste Krise treiben oder doch lieber nicht? Manchen Liberalen rauchte der Kopf. Konfus schrieb die Wochenzeitung «Die Zeit» (6. März 2014) auf der ersten Seite, dass Putin noch im 19. Jahrhundert lebe, «im Zeitalter der Machtpolitik» mit «Einverleibung und Herrschaft», während der Westen «zumal Europa», bereits «im 21. Jahrhundert» lebe, in dem man sich auf dem Markt messe. Für Liberale ist die Selektion von Starren und Schwachen in ständiger Konkurrenz der ganze Sinn der Zivilisation. Doch auf Seite drei derselben Ausgabe ließ «Die Zeit» sich dann langatmig darüber aus, wie sehr sie selbst im 19. Jahrhundert steckt. Sollte Putin sich die industrielle Ostukraine aneignen, könne der EU «eine kaum lebensfähige Westukraine in den Schoß fallen – ohne viel Industrie, ohne große Häfen und mit vielen Äckern und Weiden, die der abgeschottete EU-Agrarmarkt gewiss nicht braucht.» Dann sollte die EU doch lieber die ganze Ukraine erobern. Die Diffamierung des Landgewinns ist unangebracht, denn der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts ist durch die nachholende Industrialisierung der halben Menschheit ein Rohstoff-Vielfraß, wie es ihn noch nie gab. Aber dann käme es strategisch auf Russland an und nicht auf die Ukraine, wengleich ein paar Schürfrechte für das riskante Schiefergas-Fracking in der Ukraine an die Chevron vergeben wurden. Doch die Beute ist nicht annähernd so groß

wie der russische Rohstoffreichtum und muss zudem erst gegen den Widerstand der Swoboda-Faschisten durchgesetzt werden, die «fremdländische Konzerne» nicht auf ihren «Heimatboden» lassen wollen.

Warum vollzieht die EU den Bruch mit Russland? Sie hätte die Hände nicht nach der Ukraine ausstrecken müssen oder gemeinsam mit Russland eine Lösung suchen können. Stattdessen hat sie Putins Angebot, eine Kontinentalachse «von Lissabon bis Wladiwostok» zu bilden, schroff zurückgewiesen, von der Ukraine eine Entscheidung zugunsten der EU verlangt und so die innere Zerreißprobe forciert. Putin hatte immer wieder angekündigt, dass Russland sich nicht damit abfinden werde, dass der Pufferstaat Ukraine an die Nato falle. Dem Westen wurde nichts genommen, was ihm gehörte, während der russische Machtbereich die Hälfte der Bevölkerung und 14 Staaten, von denen heute 10 Nato-Mitglieder sind, verlor. Von russischer Seite verlief die Auflösung des Sowjetreiches friedlich. Nur als Georgien das von Russen bewohnte Südossetien überfiel, um die Nato in einen Krieg gegen Russland zu ziehen, gab es ein Scharmützel. Russland fühlt sich nicht pathisch eingekreist, es wird eingekreist und, wenn es nach dem Willen der USA geht, mit einem Raketenschild umstellt, dessen Kurzstreckenraketen von der Ukraine aus in einer Minute Moskau erreichen können. 2018 sollen die Raketen stationiert sein. John F. Kennedy spielte 1962 mit dem Atomkrieg, falls die Sowjetunion ihre Raketen auf Kuba stationiere. Die Entfernungen sind ähnlich. Dass es u. a. auch um die militärische Einkreisung Russlands geht, bestätigte die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit ihrer Forderung nach einer verstärkten Nato-Präsenz «an den Ostgrenzen».

Die USA verhalten sich, an ihren Interessen gemessen, einigermaßen vernünftig. Ihre Wirtschaftsbeziehungen zur Ukraine und zu Russland sind nicht der Rede wert. In der Energieversorgung sind die USA nahezu autark und sie müssen im Unterschied zur EU für nichts haften. Wirtschaftssanktionen betreffen sie nicht und für den Fall, dass ein Krieg ausbricht, sind sie weit genug entfernt und könnten ihre Macht auf die zerdepperten Altmächte EU und Russland ausdehnen. Für China gilt dasselbe. Zumindest die US-Republikaner denken über einen Krieg nach. «Wirtschaftliche Sanktionen sind wichtig», sagte ihr ehemaliger Präsidentschaftskandidat John McCain, «aber wir sollten die Ukraine militärisch unterstützen, damit sie sich verteidigen kann.» Zu bezahlen hätte das die EU im Rahmen des neuen «Partnerschaftsabkommens» und des politischen Drucks als Folge der hundert Versprechungen, die EU-Politiker der Ukraine im Überschwang des Gelandegewinns gemacht haben. Einerseits genießen die USA politische

Handlungsfreiheit, weil sie keinen wirtschaftlichen Schaden befürchten müssten, man könnte ihr insofern eine kluge «teile und herrsche Politik» unterstellen. Andererseits hätte sie wohl kaum ein Interesse an einem Machtblock «Russland-China», auf den die Entwicklung zutreibt. Ihr geht es vermutlich eher um die Zerschlagung Russlands, dem ewigen Konkurrenten.

Unter Gorbatschow und Jelzin konnte der Westen die aus der Konkursmasse herausfallenden Staaten ohne großen Aufwand einsammeln. Inzwischen ist Russland aber wieder ein ansehnlicher Störfaktor in diversen Konflikten. Russland sorgt im Iran für das Gelingen des Atomprogramms, in Syrien für die Stärkung des Assad-Regimes, setzt sich als neuer Freund der Emirate am Golf fest und arbeitet an der Partnerschaft mit China. Über allem steht, dass die USA um ihre Reputation als Weltmacht bangen müssen. Eine Weltmacht kann nicht ständig konsequenzlose rote Linien ziehen, ohne den Ruf zu verlieren, die Funktion einer ernst zu nehmenden Schutzmacht ausüben zu können. Die ständige Androhung von spürbaren Maßnahmen begründen insofern eine reale Kriegsgefahr, als eine imperiale Macht, die ihren Androhungen nichts folgen lässt, ihre Autorität verliert. Jugoslawien hatte noch gezeigt, dass die USA fähig sind, bornierten Ethnien und Nationalisten bei prowestlichem Wohlverhalten eigene Staaten zu geben.

Im Irak und in Libyen ging von den USA nur noch die Macht aus, einer Führung den Staat nehmen, ansonsten hinterließen sie Chaos. Die TAZ zitiert einen Aktivisten aus Bengasi über die Mächte des Westens: «Sie haben Libyen den religiösen Extremisten aus Katar und Saudi-Arabien übergeben und lassen uns seit drei Jahren im Stich.» Das Chaos in Libyen könnte größer nicht sein. Dschihadisten ermorden Christen, im Kongress haben ultrakonservative Muslimbrüder das Sagen, in der östlichen Cyrenaika kontrollieren die Milizen der Ansar al-Scharia und die Islamische Armee das Geschehen, andere Islamisten werkeln an einem Kalifat von Mali bis Syrien, kidnappen Politikerkinder, sammeln bei Ladeninhabern Schutzgelder ein und demolieren Schönheitssalons. Die Nato ließ Georgien allein, in Afghanistan müssen die Freunde des Westens sich vor den Mordkommandos der Taliban verstecken, die syrische Opposition fühlt sich verraten, Israel und Saudi-Arabien beklagen die amerikanische Appeasement-Politik mit dem Iran. Anders als in Libyen, aber nicht weniger unruhig wird es in der Ukraine zugehen, wenn die Milizen der Swoboda, des Rechten Sektors und russische «Selbstverteidiger» aufeinander losgehen.

Was die USA nicht können, können Deutschland und die EU schon gar nicht. Ein strategischer Plan der deutschen Ost- und Europapolitik

ist nicht auszuschließen, wahrscheinlicher ist, dass keiner existiert. Man könnte vermuten, dass Putins Eurasische Union kaputtgemacht werden sollte. Tatsächlich wurde Putins Staatsammlung zur Bildung der von Moskau geführten Union gebremst. Putin wollte Kasachstan, die Ukraine, Weißrussland und Armenien von Anfang an dabei haben, später sollten Aserbaidshan und andere Staaten Zentralasiens dazukommen. Nun bleibt ihm von der Ukraine nur die Krim. Aber was hat die EU damit gewonnen? Die Eurasische Union wäre ein riesiger Modernisierungsauftrag für die deutsche Wirtschaft geworden und Deutschland hätte seinen Einfluss in Kooperation mit Russland bis nach China ausdehnen können. Welchen Sinn machen der Gewinn der Westukraine und die Sanktionen gegen Russland, mit denen Deutschland sich die nächste schwere Krise in die EU holt und Russland zwangsläufig in eine strategische Allianz mit China treibt? Warum macht Deutschland sich zum Geburtshelfer eines asiatischen Wirtschaftskomplexes, in dem die Kombination von chinesischer Industrieproduktion und schier unerschöpflichen russischen Ressourcen (eine beschleunigte Industrialisierung Russlands ist nicht ausgeschlossen) einen Sog auf viele Boomländer der Erde ausüben und die EU weiter an den Rand des Weltgeschehens drängen wird?

Warum sucht der EU-Hegemon Deutschland das Bündnis mit den Faschisten von Swoboda und dem Rechten Sektor sowie mit korrupten Oligarchen-Parteien in dem europäischen Armenhaus, dessen Angliederung an die EU im ersten Schritt dreißig Milliarden Euro kosten und später ein Fass ohne Boden sein wird. Der Maidan hat Janukowitsch davongejagt und mit ihm die russischen Kredite, die dringend benötigt werden, um Importe zu bezahlen und die Parteien der Oligarchen und Faschisten in der Interimsregierung weiter mit Geld zu versorgen sowie die neue Nationalgarde zu finanzieren, darunter, wie Fernsehbilder zeigten, Freiwillige vom Maidan in Uniformen mit der aufgenähten «Wolfsangel», dem Symbol der SS-Division «Das Reich». Die EU könnte die Ukraine bankrott gehen lassen, dann jedoch im Namen des Westens. Hat man mit der Ex-DDR, Griechenland und anderen europäischen Krisenstaaten nicht genug Regionen zu alimentieren? Gegen die Ukraine ist Griechenland reich. Das Pro-Kopf-Einkommen ist in Griechenland fast siebenmal und in Russland fast viermal so hoch wie in der Ukraine.

Als hätten sie ihre Sinne nicht beisammen, stürzten Guido Westerwelle, John McCain und viele EU-Politiker, die bis dahin keiner kannte, wie Elmar Heinrich Brok (CDU) und Rebekka Harms (Die Grünen), sich auf die Bühnen des Maidans, um an der Seite der Faschistenführer von Swoboda und dem Rechten Sektor, die den Ton auf dem Maidan

angaben, Beifall zu erheischen. Alle Parteien des Putsches gegen Janukowitsch waren ihnen lieb und teuer: Vitali Klitschkos «UDAR» (Fausthieb), die von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt wird, Arsenij Jazenjuks Partei «Vaterland», deren Chefin die korrupte Oligarchin Julia Timoschenko ist, und Oleh Tjahnibok von «Swoboda» (Freiheit), die neben dem Rechten Sektor das Gros der bewaffneten Milizen auf dem Maidan-Platz stellte und treibende Kraft des Putsches war. Auf die Partnerschaft mit Faschisten angesprochen, sagte Elmar Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des EU-Parlaments: «Ich glaube, das Hauptproblem ist zurzeit der Präsident (...) und Swoboda ist nicht das Thema.» Wenn der Sieg des Faschismus über den gewählten Präsidenten, der seine Macht genauso wie alle anderen vor ihm für den Aufbau einer Günstlingswirtschaft nutzte, in Europa kein Thema ist, was bleibt dann von den Exportartikeln Menschenrechte und Demokratie? Tjahnibok versprach auf dem Maidan die Beseitigung der «jüdisch-russischen Mafia». 2012 hatte er dem jubelnden Volk zugerufen: «Schnappt Euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine und andere Unarten!» Mit diesem Mann hat Steinmeier einen Staatsvertrag ausgehandelt, neben dieser Gestalt tönte Guido Westerwelle: «Hier schlägt das Herz europäisch!» Selbst die fanatische ukrainische Schriftstellerin Katja Petrowskyja, die in jeder zweiten deutschen Talk-Runde sitzt, sagte über Swoboda: «Diese Leute haben eine positive Rolle bei der Absetzung von Janukowitsch gespielt.»

Swoboda ist hervorgegangen aus der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), die im Zweiten Weltkrieg «Soziale Nationale Partei der Ukraine» hieß, die «Wolfsangel» trug und sich als Hüterin der «weißen europäischen Rasse» gegen «die asiatische Horde» und als Dependance des europäischen Faschismus verstand. Aus dem Spektrum der OUN wurde die SS-Division «Galizien» aufgestellt. Jaroslaw Stezko schrieb 1941, dass die OUN «auf der Vernichtung der Juden» bestehe und «die deutschen Methoden der Ausrottung der Judenheit in die Ukraine» bringen wolle. Überall im Westen der Ukraine wehen heute die schwarz-roten Fahnen der OUN und Tjahnnybok feiert die OUN und deren Führer Stepan Bandera als ukrainische Helden im Kampf «gegen Juden und den anderen Abschaum». In ihren Hochburgen L'wiw (Lemberg), Ternopil und Iwano-Frankiwsk, wo Swoboda in Wahlen bis zu dreißig Prozent erzielte, stehen die Kader stramm vor dem Denkmal von Bandera und rühmen dessen Massaker an Juden, Polen und Kommunisten als nationale Befreiungstaten.

Bis heute halten die Fußballfans von Karpaty L'wiw bei Heimspielen ein Transparent mit Banderas Bild hoch. Denis Lewin von der frei-

en ukrainischen Eisenbahngewerkschaft und der linken Organisation Borot'ba, berichtete, dass die rechte Front linke Gruppen mit Gewalt vom Maidan-Platz vertrieben («das Programm auf dem Maidan wird von Rechtsradikalen diktiert») hat. Das Fernsehen zeigte, wie Swoboda-Kader die Fernsehstudios überfielen und den Chef mit Prügel zum Rücktritt zwangen. Der Anführer war der Swoboda-Abgeordnete aus dem Ausschuss für «Pressefreiheit» in der Interimsregierung. Die Swoboda und der Rechte Sektor stellen dank deutscher Außenpolitik in dem neuen Machtapparat den Stellvertreter des Präsidenten, den Verteidigungsminister, den Generalstaatsanwalt, den Sicherheitschef und andere Minister sowie Kontrolleure der «Pressefreiheit».

Die deutschen Regierungsparteien und – noch schamloser – die Bündnisgrünen spielen die Bedrohung bewusst herunter, weil sie mit den Faschisten im Boot sitzen. In der Bundestagsdebatte vom 13. März 2014 erlaubten die Grünen sich ein selten schmutziges Spiel. Marieluise Beck stand am Mikrophon und salbte etwas von einem Europäischen Haus, das Gorbatschow sich gewünscht habe und das «nie so bedroht» gewesen sei wie heute. Sie verlangte «einen hohen politischen und wirtschaftlichen Preis für Russland» und fügte hinzu: «Ja, es gibt rechte Kräfte in der Ukraine.» Aber die gebe es nur «wegen Putin». Während Frau Beck dumm daherredete, schleimte ihr Kollege Volker Beck ans Saalmikrophon und fragte – wie abgesprochen – nach der Situation der Juden («die macht uns alle besorgt»). Und ob sie dem Hohen Hause «etwas dazu sagen» wolle und könne. Selbstverständlich. Marieluise Beck war «mit unterschiedlichen jüdischen Organisationen zusammengetroffen» und da habe sie «gelernt, dass es ganz klar gelegt worden ist, dass hier mit einem Stereotyp gearbeitet wird, nämlich dem vermeintlichen ukrainischen Antisemitismus, der sehr stark bemüht wird aus der russischen Propaganda, und dass der Antisemitismus zu einem Kampfinstrument geworden ist in dieser Desinformationskampagne». Alles vermeintlich, alles Propaganda? Am Tag des großen Sieges über Janukowitsch meldete n-tv im Streifband: «Massen bejubeln Rede von Timoschenko auf dem Maidan – Rabbi fordert Juden zum Verlassen von Kiew auf!» Wollte der Rabbi nur Panik machen?

Die jüdischen Organisationen, fügte Frau Beck hinzu, hätten auch dargelegt, «dass es 2013 in der Ukraine drei antisemitische Übergriffe gegeben hat mit vier verletzten Personen» und «in den vergangenen Wochen» zwei Überfälle auf Synagogen, die aber auf russische «Provokationen zurückzuführen» seien. Im Januar wurden ein hebräischer Lehrer angegriffen und ein Rabbinerstudent niedergestochen, im Februar wurde eine Synagoge in Brand gesteckt, Anfang März wurde der

jüdische Friedhof von Kolomyia geschändet und während Frau Beck sprach, wurde der Rabbiner Hillel Cohen auf der Straße geschlagen und mit antisemitischen Sprüchen beschimpft. Aber, sagte die grüne Politikerin aus Deutschland, wir sollten nicht «dem Missbrauch des Antisemitismus in diesem Desinformationskrieg folgen». Es gibt also Antisemitismus, wir sollen uns von ihm nur nicht beeindrucken lassen.

In derselben Parlamentsdebatte erläuterte uns Karl-Georg Wellmann, der für die CDU im Auswärtigen Ausschuss sitzt, dass es überall Faschisten gebe, «in Italien, in Griechenland, aber wir können doch nicht deshalb von der Unterstützung dieses Regimes, was offenbar die breite Unterstützung der Bevölkerung hat, absehen, weil da einige unästhetische Figuren sind, die sie reinnehmen mussten, um den Maidan zu integrieren». Weiß der Mann, was er sagt? Wenn die Faschisten in die Regierung genommen werden mussten, weil der Maidan sonst nicht zu integrieren gewesen wäre, dann muss der Maidan voller Faschisten gewesen sein. Was er zweifellos auch war.

Steinmeier und seine französischen und polnischen Kollegen saßen mit Klitschko und dem Swoboda-Chef Tjahnibok am Verhandlungstisch und vereinbarten mit Janukowitsch das Abkommen über die Neuwahlen, das vom Maidan-Rat, in dem Rechtsradikale den Ton angaben, verworfen wurde, weil er den Putsch bevorzugte. Der Maidan-Rat, dem das Vorschlagsrecht für die Interimsregierung zufiel, besetzte die Posten mit Mitgliedern der Vaterlandspartei von Julia Timoschenko, mit Faschisten und radikalen Nationalisten. Als die neue Regierung als erste Amtsmaßnahme die russische Sprache im Land verbot, zogen «Selbstverteidiger» der russischsprachigen Bevölkerung zum Parlamentsgebäude in der Krim-Hauptstadt Simferopol und ernannten einen prorussischen Präsidenten.

Die Regression der Politik zum James-Bond-Film und warum die Konfliktanalyse sich der Russenphobie widmen muss

Die Propaganda macht es den Europäern nicht leicht. Die ihnen zugespielten Freunde und Feinde wechseln mit der geopolitischen Großwetterlage. Wer gestern Freund war, ist heute Feind und umgekehrt. Der ukrainische Präsident Janukowitsch war all die Jahre, in denen Deutschland und die EU mit ihm das Assoziierungsabkommen aushandelten, ein guter Freund. Kein TV-Kanal, keine Zeitung machte auf goldene Wasserhähne in seiner Wohnung aufmerksam. Selbst die Grünen bekamen bei seinem Anblick gute Laune, weil es, Janukowitsch sei

Dank, mit Europa voranging. Wut kam erst auf, als ihnen der Geländegewinn durch die Finger glitt. Auch die Oligarchin Julia Timoschenka war «unsere» Freundin. Der ehemalige Sicherheitsberater Helmut Kohl, Horst Telschik, meint, Putin habe zu Recht gesagt: «In der Ukraine hat ein Gauner den anderen abgelöst. Und jetzt haben wir eine provisorische Regierung, die aus dem gleichen Clan von Timoschenka stammt, die bekannterweise korrupt war, die Teil des Systems war.» Ein großer Freund Europas war Viktor Juschtschenko, der Mann der orangenen Revolution und Präsident der Ukraine von 2005 bis 2010, dem das Gesicht verätzt wurde. Er hatte Bandera am 22. Januar 2010 posthum den Ehrentitel verliehen: «Held der Ukraine!». Kein Witz: Juschtschenko, der den Massenmörder ehrte, wurde von Hillary Clinton für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen.

Verglichen mit heutigen Politikern waren Gerhard Schröder und Helmut Kohl große Denker. Kohls Sicherheitsberater Horst Telschik sieht in der neuen deutschen Ostpolitik eine «Dimension von tragischer Größe. Sie wird die Beziehung Russlands zum Westen erheblich beeinträchtigen.» 25 Jahre erfolgreiche Einbindung Russlands in Europa werde gefährdet oder «vielleicht sogar zerstört». Unter Schröder war der Russenhass nicht so prägend wie heute, weil Schröder den Versuch unternommen hat, sich von den USA und ihren damaligen Kriegen zu emanzipieren und an die Stelle der transatlantischen Partnerschaft die Vision von der kontinentalen Machtachse Paris-Berlin-Moskau zu setzen. Damals war Putin «unser» Freund, weil er das Russenreich wieder ordnete und für die deutsche Wirtschaft begehbar machte. Putin wollte den Deutschen Ostpreußen als Freihandelszone schenken und er schlenderte 2005 gemeinsam mit Schröder und Jacques Chirac zur 750sten Geburtstagsfeier durch Kaliningrad (Königsberg) – zum Eingewöhnen. Damals träumten deutsche Literaten, Dichter, Journalisten, Politiker, Historiker, Ökonomen, die FAZ und Philosophen von dem kontinentalen Reich unter der Führung Deutschlands, die ihm schon wegen der Mittellage in diesem Machtblock gegen Amerika und Asien zufallen würde. Der Feind hieß damals George W. Bush.

Heute ist der Russe wieder der Feind und die Politik beim James-Bond-Film angekommen. Im Unterschied zu Bond ist die Welt aber nicht durch einen einzelnen Kommunisten oder Asiaten bedroht, sondern gar nicht. Aber die Grimasse des Feindes ist so verzerrt wie im Film oder in der Epoche der finsternen Bedrohungspropaganda in der McCarthy-Ära und bei Adenauer und Erhard, als die CDU gegen die SPD plakatierete: «Alle Wege führen nach Moskau!» «Der Brandstifter!», titelte der Spiegel und bildete Putin als überdimensionalen, fies dreinschauen-

den Weltherrscher ab, dem Barrack Obama, David Cameron und Angela Merkel nur bis zum Bauchnabel reichten. Merkel wedelte hilflos mit der weißen Fahne der Kapitulation. Kritische Historiker wissen, was passieren kann, wenn Deutsche sich als Opfer des Weltgeschehens empfinden. Putin, in der Schröder-Ära noch der Freund Deutschlands, wird verunglimpft als Stalin, Hitler oder Kaiser Nero, weil «uns» die Halbinsel abhanden kommt, die «uns» nicht gehört. Gestern sollte Deutschland am Hindukusch verteidigt werden, heute auf der Krim und morgen? Wenn es nach Bundespräsident Joachim Gauck geht, überall auf der Welt. Während Deutschland also am Hindukusch verteidigt wird, gesteht man Russen nicht einmal zu, Nato-Raketen vor der Haustür verhindern zu wollen.

Hat der Russe nicht schon alle deutschen Nahtstellen besetzt? Zwar kaufen über 6000 deutsche Firmen in Russland alles, was ihnen in die Finger kommt, aber deutsche TV-Anstalten mahnen von morgens bis abends, dass Russen im Besitz von deutschen Gasspeichern seien. Siemens habe sich, klagte ein Grüner den Tränen nahe, von der Ukraine ab- und Russland zugewendet. Der Europapolitiker Graf Lambsdorff (FDP) forderte Schalke 04 auf, seine Gazprom-Werbung zu beenden, Schalke-Fans verlangten, dass ihr Vereinspräsident Tönnies den Bau seines Schlachthofes in Russland stoppt, die Europa-Grünen um Rebekka Harms wollten Gerhard Schröder wegen seiner Nähe zu Russland Rede- und Reiseverbot in Europa erteilen, der Deutsche Bob- und Schlittenverband suchte einen Schuldigen für die Medaillenpleite in Sotschi und bestrafte den Bobfahrer Manuel Machata mit einem einjährigen Berufsverbot, weil er dem Russischen Bobfahrer Alexander Subkow eine Kufe aus seinem Privatbesitz überlassen hatte, was unter Bobpiloten durchaus üblich ist. Besonders begehrt sind Fotos, die Putin und andere Russen mit einem bösen Blick abbilden – möglichst mit einem slawischen Einschlag. «Wie Napoleon!», sagte die Kassiererin bei Aldi, als sie Putins verschlagenes Gesicht auf dem Spiegel-Titel mit der Headline «Der Brandstifter» sah. Sie wusste nicht, dass Napoleon den Deutschen Zivilisation gebracht und «der Russe» die Hauptlast der Befreiung Europas von Adolf Hitlers Mordregime getragen hatte.

Die offiziellen Gründe für den Anspruch des Westens auf die Ukraine sind hohle Propaganda. Das ukrainische Regime ist kein Deut weniger homophob als das russische und eher antisemitischer. Die russische Kleptokratie wird von der ukrainischen leicht übertroffen. Wie will man den Hass auf Putin erklären, wenn man andererseits um ein gutes Einvernehmen mit dem Iran bemüht ist, dessen Staatschef Ruhani die Urananreicherung weiter betreibt, von der Vernichtung Israels kein

Deut ablässt und Hunderte öffentlich hinrichten lässt, darunter auch Kinder? Wie will man das Bündnis mit ukrainischen Faschisten erklären, die mit der Front National und der NPD paktieren, die in Deutschland just verboten werden soll? Auch wenn Deutschland ganz altruistisch und gegen seine ökonomischen Interessen hat helfen wollen, fällt ein System-Check zwischen Russland und der Ukraine keineswegs zugunsten der Ukraine aus. Eine wirtschaftliche Erklärung gibt es für das Vorpreschen ebenfalls nicht.

Das Völkerrecht, auf das alle sich berufen, existiert nicht. Völkerrecht wird gesprochen von den UN-Vetomächten USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien oder von der gesamten UN, in der über hundert Despotien jedweder Schattierung versammelt sind. Völkerrecht richtet sich nach den Machtinteressen. Die Zustimmung der UN zu einem Krieg wird beantragt, bei Ablehnung wird eine Koalition der Willigen einberufen. Als die Türkei völkerrechtswidrig Nordzypern überfiel, um die Türken zu «schützen», vergab der Westen keine einzige Sanktion, weil die Türkei Nato-Mitglied war und ist. Die Befürworter der Ostexpansion der EU geben das zu und berufen sich darauf, dass völkerrechtswidriges Verhalten sich nicht wiederholen solle. Eine billige Ausrede, denn der deutsche Kampf gegen den Separatismus auf der Krim oder in der Ostukraine ist der totale Bruch mit der deutschen Völkerpolitik. Deutschland hat allen möglichen nationalbornierten Gruppen ein nationales Selbstbestimmungsrecht eingeräumt, die sie der russisch-sprachigen Bevölkerung in der Ukraine verwehrt. Bei der Zerschlagung der Sowjetunion sollten 15 Bevölkerungsgruppen, die vorher in der UdSSR vereint waren, jeweils das Recht auf eine eigene Nation bekommen. Als Jugoslawien zerschlagen werden sollte, um in Südosteuropa Ordnung zu schaffen, wurde das Zusammenleben verschiedener Ethnien in einem Staatsgebilde von der deutschen Politik als naturwidriges «Völkergefängnis» verunglimpft. Jeder Gruppe wurde eine Nation zugestanden: Kroaten, Slowenen, Bosnier-Herzegowiner, Mazedonier, Montenegriner, Kosovaren, sogar Serben.

Jede ethnische und nationale Borniertheit ist eine Niederlage des Bewusstseins, weil die Reflexion zugunsten eines stammesgeschichtlichen Kollektivs beseitigt wird, und weil bestritten wird, dass Menschen verschiedener Traditionen gut zusammenleben könnten. Aber Demokratie fragt nach dem Mehrheitswillen und nicht danach, wie dumm dieser Wille ist. Wenn die Mehrheit der Mazedonier unter Berufung auf Alexander den Großen einen eigenen Staat haben will, ist das unklug, aber demokratisch. Wenn die russische Mehrheit der Krim-Bewohner einen eigenen Staat haben oder russische Provinz werden will, ist das

klug und demokratisch. Klug wegen der Verdreifachung der Renten und, um der Putsch-Herrschaft der Faschisten und Russenfeinde zu entkommen.

Der Skandal liegt darin, dass die deutsche Politik die tragende Rolle der Faschisten in der Ukraine goutiert und diejenigen, die sich gegen sie wehren, als völkerrechtswidrige Gesellen diffamiert. In der jüngeren deutschen Tradition läge es, die Ukraine genauso zu zerlegen wie Jugoslawien, damit jede Ethnie ein Zuhause findet: Europäische Ukrainer, Russen, Tartaren, Kosaken und wer da sonst noch wohnt. Warum wollte Deutschland den Kosovaren eine eigene Nation herbeibomben, während Russen im ukrainischen «Völkergefängnis» einsitzen sollen? Man wird davon ausgehen dürfen, dass Deutschland den Wunsch der Katalanen und Schotten nach einer eigenen Nation nicht als deutsche Angelegenheit behandeln wird, der sie mit Wirtschaftssanktionen bekommen müsste, sondern als spanische und britische. Einmischung strikt verboten! Wer bei Russen auf der Krim und in der Ostukraine alles anders betrachtet als woanders auf der Welt, der leidet offenbar unter einer Russenphobie. Die Analyse der Ursachen sollte das Thema «Russenphobie» nicht ausklammern.

Wirtschaftlich ist mit der neuen Ostpolitik nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren

Die deutsche Ostpolitik hat sich von Wirtschaftsinteressen gelöst und geht eigene Wege. Hatte Hitlers Ostpolitik das Ziel, die Juden zu vernichten, die Kornkammer «Ukraine» zu annektieren, Russland zu zerschlagen, bis zu den Ölquellen vorzudringen und Millionen Menschen für die Sklavenarbeit zu rekrutieren, scheint die Motivlage heute zwischen dem ehernen Russenhass der Deutschen und der wieder aufkommenden transatlantischen Partnerschaft zu liegen. Die USA wollen Russland mit Raketen auf den Pelz rücken, also machen wir mit, wenn dadurch die Geschäfte gesichert sind, die die Große Koalition der Partnerschaft mit Russland vorzuziehen scheint. Die neue Ausrichtung wird eine kostspielige Angelegenheit. Wirtschaftlich ist mit der neuen Ostpolitik gegen Russland nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren. Deutschlands Wirtschaft verbindet mit der Ukraine so gut wie nichts, mit Russland hingegen viel. Andersrum hängt die Ukraine am Öl-, Gas- und Nahrungsmittelimport aus Russland und benötigt Russland als Hauptabnehmer ihrer Eisen- und Stahlerzeugnisse sowie anderer Rohstoffe. Russland nimmt 25 Prozent und die Schweiz 24 Prozent

von den ukrainischen Erzeugnissen ab. Von den EU-Staaten liegt Großbritannien mit 5 Prozent vorn. Deutschland liegt irgendwo hinter den Vereinigten Arabischen Emiraten. Energie, Maschinen und Nahrungsmittel bezieht die Ukraine zu 32 Prozent aus Russland, zu 9 Prozent aus China und 8 Prozent aus Deutschland. Die Wirtschaftssanktionen der dritten Stufe des EU-Strafkatalogs werden eine Hungerkatastrophe in der Ukraine auslösen. Die EU treibt die Bevölkerung der Ukraine der Tafel-Bewegung zu.

Dagegen lieferte die deutsche Wirtschaft 2013 für 36 Milliarden Euro Autos, Maschinen und Chemische Erzeugnisse an Russland und bezog von dort für 40,5 Milliarden ein Viertel seines Erdgas- und ein Drittel seines Erdölbedarfs, ein Fünftel der Steinkohle, außerdem Eisen, Stahl, Kupfer, Nickel und Aluminium aus Russland und Seltene Erden für die Elektronik und Metallveredelung aus Russland und dem russischen Partnerland Kasachstan. Erdgas deckt 50 Prozent des deutschen Wärmebedarfs und 47 Prozent der industriellen Prozessenergie. Eine Substitutionsmöglichkeit ist nicht in Sicht. 6300 deutsche Firmen sind in Russland tätig. Die deutschen Investitionen belaufen sich auf 20 Milliarden Euro. Fast noch wichtiger ist die strategische Perspektive. Ein Viertel der weltweiten Öl- und Gasreserven liegen im Nordpolarmeer, das Russland für sich beansprucht und militärisch sichert. Auch der russische Staat hängt am Tropf seiner Energieexporte. Er bezieht 50 Prozent seiner Einnahmen aus Öl- und 5 Prozent aus Gasverkäufen. Der besondere Clou ist, dass Krisen die Öl- und Gaspreise in die Höhe treiben und damit die russischen Einnahmen.

Russland ist mit einem Anteil von 30 Prozent beim Gas und 35 Prozent beim Öl der Hauptenergielieferant der gesamten EU. Nach dem europäischen Statistikamt importierte die EU 2012 aus Russland vor allem Roststoffe für 215 Milliarden Euro. Exportiert wurde nur für 123 Milliarden. Die Ukraine ist für die EU unwichtig. Die EU ist nicht einmal auf die Durchleitung von Gas und Öl besonders angewiesen. Zwar strömt Gas durch die beiden Pipelines «Sojus» und «Freundschaft» durch die Ukraine nach Süddeutschland, aber die Strecken Northern Lights und Jamal-Europa sowie die Nord-Stream durch die Ostsee berühren die Ukraine nicht. Stephan Kohler, der Chef der Deutschen Energieagentur Dena, weist darauf hin, dass «beim Erdgas wegen der Leitungen die Abhängigkeit» von Russland groß ist und Russland «intensiv am Bau von Pipelines Richtung Zentralasien und China» arbeitet, um sich aus der Abhängigkeit von der EU zu lösen. Der Versuch, Länder wie die Ukraine aus dem russischen Einflussbereich herauslösen und an den Westen binden zu wollen, sei «naiv». Wir stünden «vor

dem Scherbenhaufen einer vollkommen überzogenen EU-Politik». 80 Prozent des Gasmarktes ist an Pipelines gebunden, 20 Prozent wird als Flüssiggas verschifft. Da die europäischen Gasfelder in der Nordsee versiegen – die Niederlande haben bereits eine Produktionsgrenze beschlossen, die nicht mehr überschritten werden darf –, müssten russische Gasausfälle durch Lieferungen mit Spezialschiffen aus den USA oder Katar kompensiert werden. Der Aufbau einer Infrastruktur für US-Lieferungen dauert mindestens zehn Jahre. Außerdem wären sie keineswegs sicherer als russisches Gas und in jedem Fall teurer. Die geplante Abkehr von russischen Öl- und Gaslieferungen und die Verpflichtung, der Ukraine russische Ausfälle zu ersetzen, zwingt die EU in die Arme der arabisch-islamischen Länder und des Iran. Warum diese Abhängigkeit besser ist als der Warenaustausch mit Russland, kann vernünftig nicht begründet werden.

Da Russland 2012 für 316 Milliarden Dollar importierte, aber für 525 Milliarden Dollar exportierte, schwimmt Russland in Geld, das am Börsenplatz London, im Schweizer Bankensystem und in Deutschland landet, wo russische Energiekonzerne Gasspeicher, die Erdöltochter RWE-Dea sowie Stadtwerke kaufen und sich an Raffinerien beteiligen, um an der Quelle der Mehrwertproduktion zu sitzen. Welchen Wert Sanktionen haben, wird man erst sehen, wenn die russischen Milliarden von London und Deutschland nach China umgelenkt werden. Wegen des drohenden Kapitalabflusses und Auftragsverlustes warnt der E.on-Chef, dass Sanktionen gegen Russland «die sehr verantwortungsvolle Ostpolitik» der Vergangenheit aufs Spiel setzten. Rainer Lindner, der Geschäftsführer des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, kritisiert die deutsche Politik als Irrweg. Die Volkswirtschaften der beiden Länder seien «mittlerweile so verflochten, dass Sanktionen sicher Gegensanktionen auslösen würden». Der Deutsche Industrie- und Handelstag fürchtet russische Kontermaßnahmen, etwa «Enteignungen oder Einschränkungen der Produktionstätigkeiten» (Volker Treier). Hans-Werner Sinn vom ifo-Institut warnte: «Wir können uns Sanktionen gegen Russland nicht leisten, weil wir im Zuge der Energiewende zunehmend auf russische Gaslieferungen angewiesen sind.» Was er nicht sagte, woran er aber gedacht haben wird: Die EU holt sich mit der Ukraine den nächsten Bankrotteur ins Haus. Die Kosten der EU für die Ukraine steigen mit der Dauer des Bürgerkrieges.

Es ist fast müßig zu sagen, dass die Linke sich nicht zwischen den Teufeln und Belzebuben zu entscheiden, sondern zu analysieren hat. Eventuell lassen sich Freundschaften mit Antifaschisten schließen. Ansonsten steht die linke Idee der ukrainischen Macht genauso fern

wie der russischen. In der Ukraine marschieren Faschisten und Korrupteure; wer möchte sich andererseits von Russland umarmen lassen und im TV hören, was der Moderator in den russischen «Tagesthemen» von sich gab: «Der deutsche Außenminister ist für eine europäische Ukraine, aber er ist ja auch schwul und möglicherweise haben ihn die heißen Körper der Klitschko-Brüder beeindruckt.» Beide Seiten übertreffen sich in Männerkulten, im Antisemitismus, in der Homophobie und der Ausschaltung von Oppositionen. Oder meint jemand, dass die große russische Minderheit in der Ukraine eine Chance bekommt? Wenn sie sich nicht wirksam schützt, wird sie reihenweise verhaftet oder verprügelt. So ist der europäische Faschismus, der überall keimt oder schon ins Kraut geschossen ist.

Hier wie da regieren Oligarchen, die ihre Politiker in die Staatsführung bringen, die dann, sobald sie an der Macht sind, der Konkurrenz Geschäfte und Firmen stehlen, oder sie, wie bei Putin, nach Sibirien bringen. Putin ist ein Despot, dem es gelungen ist, eine auf seine Herrschaft zugeschnittene formale Demokratie zu installieren, durch Verhaftungen Opposition und buntes Leben einzuengen, sich durch demonstrative Verhaftungen bei Oligarchen Respekt zu verschaffen, sich mit dem Versprechen auf die Rückkehr zu einem geordneten Russland Anerkennung in der Bevölkerung zu holen. So stabilisiert er Russland, das Boris Jelzin fast versoffen hätte. Russland gelangte unter Putin zu neuer Weltgeltung, weil es in Räume vordringen konnte, die von den USA geräumt wurden. Als Lieferant von Kriegsgeräten ist Russland ein beliebter Handelspartner für Regime im Iran, Syrien, Ägypten und in arabischen Staaten. Gleichwohl gilt: «Die Dämonisierung von Wladimir Putin ist keine Strategie; es ist ein Alibi für die Abwesenheit einer Strategie» (Henry Kissinger).